



## Eingemeindung von Ostermundigen 1915 bis 1953

---

### *Chronologischer Überblick der politischen Entscheidungen*

---

- 30.04.1915** Der Stadtrat von Bern lehnt die vom Kanton geforderte Vereinigung Berns mit Bümpliz ab und beauftragt stattdessen eine stadträtliche Spezialkommission, neben der Eingemeindung von Bümpliz namentlich auch jene von Bolligen (Viertelsgemeinde Ostermundigen), Muri und Köniz zu prüfen
- 18.08.1915 Versand eines Fragebogens zur «Vereinigung von Ostermundigen und Bümpliz mit Bern» durch den Gemeinderat von Bern
- 25.09.1915 Der Gemeinderat von Bern wendet sich mit einem Schreiben an die Gemeinderäte von Köniz, Bolligen und Muri mit dem Gesuch, «die Frage der Eingemeindung mit Bern zu prüfen und dem Gemeinderat Bericht zu erstatten»
- 13.10.1915** Der Gemeinderat von Bern informiert den Regierungsrat, dass die Gemeinden Muri und Köniz Verhandlungen über die Eingemeindung in ihren Stellungnahmen ablehnen, während Bolligen nicht bereit ist, «mit der Stadt Bern in Unterhandlungen einzutreten»
- 13.11.1915 Der Regierungsrat beruft die Vertretungen aller Nachbargemeinden Berns ins Rathaus für die Aufnahme erweiterter Eingemeindungsverhandlungen
- 14.06.1916 Der Gemeinderat der Stadt Bern ersucht den Regierungsrat, dem erweiterten Eingemeindungsprojekt zuzustimmen
- 09.02.1917** Die Gemeinde Bremgarten stellt ein Gesuch für eine Vereinigung mit Bern
- 06.01.1919 Eingemeindungsvertrag Bern-Bümpliz (rückwirkend auf den 1. Jan. 1919) sowie entsprechendes Dekret des Grossen Rats
- 21.02.1919** Aufforderung der Direktion des Gemeindewesens, dass der Gemeinderat von Bern die anstehende Eingemeindung von Ostermundigen wie jene von Bümpliz rasch durchführt
- 03.03.1919 Der Gemeinderat von Bern verweist in seiner Antwort auf das erweiterte Eingemeindungsprojekt, wobei dieses «bei der Gemeinde Muri wie Köniz auf Widerstand gestossen ist»
- 25.04.1919** Der Gemeinderat von Bolligen stellt dem Regierungsrat ein Gesuch, «die zum Stillstand gekommene Eingemeindungsfrage wieder in Fluss zu bringen»
- 08.05.1919 Nach dem Tod des langjährigen Gemeindeschreibers von Bolligen kommen die Gemeinderäte von Bern und Bolligen überein, die Stelle des Gemeindeschreibers vorläufig nur provisorisch zu besetzen, da die Frage der Eingemeindung noch ungelöst ist

- 30.06.1919 In einer vom Kanton einberufenen Konferenz von Delegierten der Gemeinden Bern, Bolligen und Muri wird dargelegt, dass keine der Gemeinden die Absicht hat, das erweiterte Eingemeindungsprojekt rasch voranzutreiben, einerseits weil Bern «mit Bümpliz eben sehr schlechte Erfahrungen gemacht hat (statt einer Mehrbelastung von Franken 50-60'000.- zeigt sich eine solche von Franken 400'000.-), andererseits weil die Bevölkerung in Muri eine Steuererhöhung befürchtet
- 08.11.1922** **Nach einem Treffen des Berner Gemeinderats mit dem Regierungsrat betreffend die Eingemeindung von Bremgarten wiederholt der Gemeinderat seinen bisherigen Standpunkt, «dass der Stadt Bern nicht zugemutete werden könne, von Fall zu Fall sich in prekären Finanzverhältnissen befindliche Gemeinden in den Stadtverband aufzunehmen, vielmehr daran festgehalten werden müsse, die Eingemeindung auf breiterer Basis zu lösen»;** obwohl sich unterdessen ein Initiativkomitee für die Vereinigung von Wabern und Liebefeld mit Bern formiert hat, stellt sich die Gemeinde Köniz auf den Standpunkt, «für eine Eingemeindung könne nur die ganze Gemeinde in Betracht fallen»; ähnlich sind die Verhältnisse in Bolligen; der Gemeinderat fordert deshalb den Regierungsrat auf, Richtlinien für das Eingemeindungsproblem sowie eine örtliche Begrenzung der Eingemeindungen zu erarbeiten
- 28.03.1923 In seiner Antwort macht der Regierungsrat darauf aufmerksam, dass «der Moment der Eingemeindung» wegen der unsicheren Verhältnisse nicht gut gewählt sei; einzig die Lage in Bremgarten spitze sich zu, sodass er allenfalls einen entsprechenden Antrag beim Grossen Rat stellen werde
- 16.10.1924** **Der Regierungsrat fordert den Gemeinderat auf, das Eingemeindungsverfahren von Bremgarten umgehend zu starten, ansonsten die Stadt «einen angemessenen» finanziellen Beitrag an Bremgarten zu leisten habe;** im Gegenzug erklärt sich der Regierungsrat bereit, die von Bern geforderten Richtlinien mit Zeitplan auszuarbeiten; dazu möchte er eine ausserparlamentarische Kommission ins Leben rufen, in der die Stadt mit «drei Mann» vertreten sein soll
- 12.11.1924** **Der Gemeinderat antwortet auf dieses Begehren «in sehr imperativer Form» und wiederholt «mit aller Bestimmtheit, dass er sich der Übernahme von Bremgarten mit allen Mitteln widersetzen und diesen Standpunkt auch in der Öffentlichkeit vertreten wird»;** als Gründe nennt er anstehende grosse Investitionen «wie die Rückzahlung der amerikanischen Anleihen, die Erstellung einer neuen Lorrainebrücke, den Ausbau der Lehrwerkstätten und der Gewerbeschule, die Erweiterung der Wasserversorgung usw.»; zudem weist er darauf hin, dass Bremgarten «geographisch viel eher zu Kirchlindach oder Zollikofen als zu Bern gehöre»
- 17.12.1924 Dekret des Grossen Rat zur Schaffung einer ausserparlamentarischen Kommission, in der neben Bern auch Köniz, Muri und Bolligen sowie die Viertelsgemeinde Ostermundigen vertreten sind

- 28.01.1925** **Erste Sitzung der ausserparlamentarischen Kommission mit einem kurzen historischen Überblick über die Sachlage; wiederum wird beschlossen, einen Fragebogen zu erarbeiten, in dem alternativ zur Eingemeindung erstmals auch die Konstituierung von Zweckverbänden geprüft werden soll**
- 04.07.1925 Der von der Stadtkanzlei Bern erarbeitete Fragebogen wird an die Nachbargemeinden verschickt
- 08.07.1926 Durch Eingabe an den Regierungsrat stellte der Gemeinderat von Bremgarten das Begehren, dass der Stadt Bern schon vorgängig der Eingemeindung der der Gemeinde Bremgarten zufallende Anteil der Arbeitslosenversicherung übertragen werde. Da es sich hier um eine grundsätzliche Frage handelte, die nur im Zusammenhang mit dem ganzen Eingemeindungsproblem gelöst werden kann, beschloss der Gemeinderat, auf das Gesuch an sich nicht einzutreten, dagegen beim Regierungsrat Schritte zu tun, um eine finanzielle Sanierung von Bremgarten durch den Staat und die Nachbargemeinden ohne Eingemeindung in die Wege zu leiten
- 10.11.1926 Der Gemeinderat von Bern teilt mit, dass mit Ausnahme von Köniz alle Gemeinden den Fragebogen ausgefüllt und an die Stadtkanzlei zurückgeschickt haben
- 1927 Im Berichtsjahr äusserten zwei Vorortsgemeinden den Wunsch, zur Speisung ihrer Wasserversorgung Zuschüsse aus dem städtischen Quellennetz zu beziehen. Mit Rücksicht auf die eigenen Bedürfnisse konnte diesen Gesuchen nicht entsprochen werden. Im Hinblick auf spätere Eingemeindungen sollen aber gelegentlich Verhandlungen wegen der Uebernahme der gesamten Wasserversorgung der betreffenden Vorortsgemeinden geführt werden
- 25.10.1929 **Motion Flückiger betreffend Gründung von Gemeindeverbänden**
- 07.11.1930 Motion Reinhard betreffend Eingemeindungsaktion
- 1931 Öffentliches Preisausschreiben für einen Expertenbericht zum Thema Eingemeindungen und Zweckverbände (wird am 30. Januar 1935 von der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft des Kantons Bern an den Gemeinderat übergeben)
- 09.01.1935 Debatte im Gemeinderat von Bern zu den Motionen Flückiger und Reinhard (Bd. 127, S. 575f.): Herr Lindt ist der Auffassung, **«dass mit Rücksicht auf die Erfahrung, die mit der Eingemeindung von Bern-Bümpliz gemacht worden sind, auf die Vereinigung weiterer Aussengemeinden mit der Stadt verzichtet werden sollte.** Sowohl von administrativen, wie aber ganz besonders von finanziellen Standpunkte aus empfiehlt es sich nicht, territorial so grosse Gemeinden zu organisieren [...] Es wird auch nicht möglich sein, nur einzelne Teile von Aussengemeinden, wie z.B. Wabern und Liebefeld der Gemeinde Köniz mit Bern zu vereinigen, da sich aus der Teilung von Gemeinden ausserordentliche Schwierigkeiten ergeben würden. Bei Realisierung des Gesamteingemeindungsprojektes würde sich das Areal der Stadt auf den dreifachen Flächeninhalt vergrössern und die Einwohnerzahl würde auf 146'000 anwachsen [...] **Grössere Vorteile als weitere Eingemeindungen bieten die Organisation von Gemeindeverbänden, wie sie von der Motion Dr. Flückiger angeregt werden»**

- Herr Raaflaub «macht auf die Erfahrungen der Stadt Zürich mit ihren grossen Eingemeindungen aufmerksam und warnt vor einem derartigen Vorgehen»  
 Beschluss: Die Motion Flückiger wird als erheblich erklärt, während die Motion Reinhard abzulehnen sei
- 30.03.1935 Postulat Steiner zur **Schaffung eines Gemeindeverbands Bern-Köniz**; daraufhin wird ein entsprechender Reglementsentwurf erarbeitet
- 20.06.1936 Klage des Architekten Hans Seiling über den Versuch, «Bern einzukapseln»
- 14.09.1937 Eingabe des Leists von Ostermundigen-Bern (Dorf- und Stadtbezirk) an die Direktion des Innern für eine Vereinigung Ostermundigens mit Bern
- 20.10.1937 Der Gemeinderat bekräftigt gegenüber der Direktion des Innern seine schon früher vertretene Auffassung, «dass Eingemeindungen nur im Rahmen des der Gemeindedirektion und dem Regierungsrat bekannten allgemeinen Eingemeindungsprojektes erfolgen können»
- 30.11.1937 Beschluss des Regierungsrats, wonach der Eingabe des Leists von Ostermundigen-Bern betreffend Vereinigung mit Bern nicht nachgekommen werden kann
- 16.08.1938 Konferenz einer Delegation des Regierungsrates mit Vertretern der Gemeinden Bern und Bremgarten im Rathaus kommt zum Schluss, «dass ein Fortbestand der Einwohnergemeinde Bremgarten als selbständige Gemeinde der Eingemeindung vorzuziehen wäre, wenn durch Opfer aller Beteiligten der finanzielle Zusammenbruch dieser Gemeinde verhütet und die Erfüllung ihrer Aufgaben für die Zukunft sichergestellt werden können». Dazu formuliert der Kanton einen Sanierungsplan, wonach die Gemeinde Bern die Arbeitslosenversicherungsbeiträge von Bremgarten zu übernehmen hat
- 02.11.1938 Der Gemeinderat von Bern lehnt das Ersuchen des Kantons mit der Begründung ab, dass die Übernahme der Arbeitslosenfürsorge «praktisch auf eine teilweise Eingemeindung hinauslaufen» würde. Er stellt jedoch in Aussicht, jeweils eine allgemeine finanzielle Hilfeleistung an das Betriebsdefizit von Bremgarten zu leisten, das vorher durch die Finanzdirektion jedoch überprüft würde
- 22.12.1938 Das Finanzinspektorat der Stadt Bern kommt zum Schluss, «dass die Finanzlage der Gemeinde Bremgarten nicht so schlecht ist, wie es auf den ersten Blick scheinen mag». So sei die Verschuldung der Gemeinde «nicht bedenklich» und habe sich seit 1932 jedenfalls nicht verschlechtert
- 25.01.1939 **Aufforderung der Direktion des Innern zur Eingemeindung von Bremgarten**
- 21.01.1939 Der Gemeinderat von Bolligen stellte dem Gemeinderat von Bern ein Gesuch 1) um eine Herabsetzung der Schulgelder für Mittelschüler (Sekundarschüler und Progymnasiasten) und für Pflichtschüler der Gewerbeschule; sowie 2) zur Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebiets mit den umliegenden Gemeinden. Der Gemeinderat von Bolligen macht in seinem Schreiben darauf aufmerksam, dass «der Ruin unseres Gemeindewesens zwangsläufig auch unabwendbare und schlimme Rückwirkungen auf die Nachbargemeinde Bern haben müsste»

- 12.05.1939 Der Gemeinderat beschliesst, auf die Eingabe von Bolligen «betreffend Gleichbehandlung in der Arbeitszuweisung» und Zusammenlegung der Arbeitsämter vom 21. Jan. 1939 nicht einzutreten
- 07.12.1939 Der Gemeinderat von Bern informiert den Gemeinderat von Bolligen, dass er einer Reduktion der Schulgelder zustimmt
- 12.03.1941 Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat über die Genehmigung der Übereinkunft zwischen der Einwohnergemeinde Bremgarten bei Bern einerseits und dem Staate Bern, der Einwohnergemeinde der Stadt Bern und der Einwohnergemeinde Muri bei Bern andererseits betreffend die Sanierung der finanziellen Verhältnisse der Einwohnergemeinde Bremgarten bei Bern
- 20.04.1942 **Motion Dr. Anliker betreffend Eingemeidungsfragen**
- 1942 Der Gemeinderat von Bern beauftragt die Stadtkanzlei, erneut einen Fragebogen für die 5 Aussengemeinden betreffend der Eingemeidungsfrage zu verfassen
- 07.01.1943 Eingabe der Baudirektion II an den Gemeinderat mit der Aufforderung, mit dem Versandt des Fragebogens endlich vorwärts zu machen. Der Baudirektor vertritt jedoch die Ansicht, dass die Schaffung von Interessensverbänden «föderativer Art» der Eingemeidung im Sinne eines Gross-Bern vorzuziehen sei, obwohl unterdessen mit Ausnahme von Muri-Gümligen die Gemeinden Bolligen, Köniz und «in der letzten Zeit» auch Zofingen «sehr eindeutig für die Eingemeidung Stellung nehmen»
- 09.03.1943 Genehmigung des Fragebogens durch den Gemeinderat; Weiterleitung zur Vernehmlassung an die Verwaltungsdirektionen
- 05.05.1943 Versandt des Fragebogens durch die Stadtkanzlei an die Vorortsgemeinden Köniz, Bremgarten, Zollikofen, Bolligen und Muri
- 24.05.1943 **Schreiben des Gemeinderats von Muri, dass er auf das Ausfüllen des Fragebogens verzichtet, da die Gemeinde «fest entschlossen» ist, «unsere Selbständigkeit zu bewahren»**
- 25.05.1943 Konferenz betreffend den Stand der öffentlichen Verwaltung in den Vorortgemeinden Berns im Sitzungszimmer der städtischen Schuldirektion an der Bundesgasse 24
- 31.10.1943 Die Eingabefrist verstreicht, ohne dass ein einziger Fragebogen ausgefüllt an die Stadtkanzlei zurückgeschickt worden ist
- 04.06.1944 Schreiben Antiquar J. Kohler, Kramgasse 24, an den Stadtpräsidenten betreffend «Verschiedene Gründe zur Eingemeidung von Bern»
- 18.07.1944 Zustellung des ausgefüllten Fragebogens durch den Gemeinderat von Köniz
- 26.07.1944 Zustellung des ausgefüllten Fragebogens durch den Gemeinderat von Bolligen
- 17.05.1945 Motion Grossrat Giovanoli betreffend Eingemeidung von Bümpliz
- 19.02.1945 Gemeinderatsbeschluss betreffend die Erhebung über den Stand der öffentlichen Verwaltung in den Vorortgemeinden Berns. Mit Ausnahme von Muri sind alle Fragebogen eingegangen. Der Gemeinderat beauftragt den Stadtschreiber Stellvertreter, das «gesamte Material zu bearbeiten und in zusammenfassender Weise zur Darstellung zu bringen»

- 04.09.1945 **Motion Grossrat Reinhard betreffend Regionalplanung (inklusive der Frage der zwangsweisen Gemeindeverbände);** Antwort des Regierungsrats vom 5. März 1946
- 08.01.1946 Gesuch des Baudirektors um finanzielle Unterstützung für die geplante Publikation «Bern und seine Vororte», verfasst von Herrn Oberrichter Dr. I.O. Kehrl und Dr. Paul Marti, herausgeben von Paul Haupt in der Reihe «Berner Heimatbücher»
- 02.1946 Publikation der Broschüre Bern und seine Aussengemeinden. Das Ergebnis einer Erhebung. Zusammengestellt im Auftrage des Gemeinderates der Stadt Bern von Dr. Bernhard Wullschleger
- 02.04.1946 Rückzug des Unterstützungsgesuchs durch den Baudirektor mit der Begründung, dass «Verwechslungen und Grenzverschiebungen» stattgefunden hätten, die auf eine Zensur durch den Gemeinderat hinauslaufen würden. Er verlangt zudem «die sofortige Rückgabe des Manuskripts»
- 25.06.1946 **Konferenz betreffend Regionalplanung mit Vertretern aus Bern, Bolligen, Bremgarten, Kirchlindach, Köniz, Muri, Stettlen, Wohlen, Zollikofen, Ittigen und Ostermundigen.** Die Berner Delegation teilt mit, dass sie «an einer einheitlichen Regionalplanung für das städtische Gebiet und dasjenige der Aussengemeinden sehr interessiert ist»
- 13.08.1946 Entwurf von Statuten für eine Regionalplanungsgruppe Bern mit vorläufigem Arbeitsprogramm
- 24.08.1946 **Gründungsversammlung der Regionalplanungsgruppe Bern**
- 13.02.1948 Der Gemeinderat von Bern antwortet auf eine entsprechende Anfrage von Köniz, «dass die Frage einer Neuregelung des Verhältnisses zwischen der Stadt Bern und ihren Aussengemeinden noch immer in der Schwebe ist»
- 01.11.1949 Begehren des Leists von Ostermundigen-Bern an den Regierungsrat über die Vereinigung der Viertelsgemeinde Ostermundigen mit der Stadt Bern
- 22.03.1950 **Vortrag des Stadtpräsidenten von Bern betreffend die Aufforderung des Kantons, die Eingemeindungsfrage mit Bremgarten noch dieses Jahr zur Abstimmung zu bringen. Als bessere Alternative schlägt der Stadtpräsident «eine zwangsweise» Bildung eines Gemeindeverbandes mit den fünf Vorortgemeinden Bolligen, Bremgarten, Köniz, Muri und Zollikofen vor**
- 19.06.1950 Vortrag des Gemeinderates an den Stadtrat über die Frage der Eingemeindung Bremgartens und das Verhältnis der Stadt Bern zu den Vorortgemeinden mit dem Vorschlag einer Sistierung der Eingemeindung von Bremgarten zugunsten einer Verbandslösung
- 05.07.1950 Antwort der Direktion des Gemeindewesens des Kantons Bern mit der Bitte um Klärung offener Fragen
- 07.07.1950 Gutachten von Prof. Dr. Ernst Blumenstein in Bern über die Rechtsfragen bei einer Eingemeindung Bremgartens oder anderer Vorortsgemeinden (Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat)
- 29.08.1950 **Beschluss des Regierungsrats, das Eingemeindungsverfahren von Bremgarten zu sistieren unter der Voraussetzung, dass Bern und Bremgarten zu einer Verbandslösung gelangen**

- 04.11.1950 Sitzung zwischen Vertretern der Einwohnergemeinden Bern und Bremgarten betreffend die Eingemeindungsfrage
- 1951 **Die Viertelsgemeinde Ostermundigen bekräftigt in einer ausserordentlichen Gemeindeversammlung ihren Willen, «sich mit der Stadt Bern zu vereinigen.** Massgebend für diesen Beschluss war die Überzeugung, dass die bauliche, wirtschaftliche, kulturelle und verkehrstechnische Verbindung unseres Vororts mit der Stadt schon so weit gediehen ist, dass die politische Vereinigung nur noch einen letzten und folgerichtigen Schritt darstellen würde». Die Gemeindeversammlung setzt für die mit der Eingemeindung zusammenhängenden Fragen eine spezielle Kommission ein
- 27.06.1951 Der Gemeinderat von Bern weisst in seiner Antwort auf das Begehren des Leists von Ostermundigen-Bern darauf hin, dass es «sehr fraglich» ist, «ob der Leist von Ostermundigen legitimiert sei, die Einleitung eines Verfahrens gemäss Art. 63 der Staatsverfassung zu verlangen». Er sei zudem daran, für Bremgarten «eine verbandsweise Regelung» zu erarbeiten, die «im gleichen Sinne später auch mit den anderen Vorortsgemeinden» getroffen werden könne
- 19.09.1951 Anfrage der Eingemeindungskommission von Ostermundigen betreffend die Entwicklung der Buslinie nach Ostermundigen
- 26.09.1951 **Der Gemeinderat von Bern teilt der Eingemeindungskommission von Ostermundigen mit, «dass er grundsätzlich der Meinung sei, es sollten keine weiteren Vororte Berns mit der Stadt verschmolzen werden.** Im weiteren wird erwähnt, der Regierungsrat habe im Zusammenhang mit der Angelegenheit Bremgarten dieser Auffassung beigepflichtet und das dort hängige Eingemeindungsverfahren sistiert. Zur Zeit werde der verbandsweise Zusammenschluss Berns mit Bremgarten vorbereitet und zwar in dem Sinne, dass dem Verband später auch andere Vorortgemeinden beitreten können»
- 26.09.1952 Die Vertreter der Einwohnergemeinden von Bern und Bremgarten genehmigen den bereinigten Entwurf einer Übereinkunft vom 3. September 1952
- 29.09.1952 Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat betreffend die Bildung eines Gemeindeverbandes und den Abschluss einer ergänzenden Übereinkunft zwischen Bern und Bremgarten
- 22.11.1952 Die Gemeindeversammlung von Bremgarten stimmt dem Organisationsreglement des Gemeindeverbandes Bern-Bremgarten zu
- 14.12.1952 Die Gemeindeabstimmung in Bern stimmt dem Organisationsreglement des Gemeindeverbandes Bern-Bremgarten zu
- 20.01.1953 **Der Regierungsrat genehmigt das Organisationsreglement des Gemeindeverbandes Bern-Bremgarten, das damit in Kraft tritt**
- 29.01.1953 Der Stadtschreiber Bernhard Wullschleger erhält für seine geleisteten Dienste vom Gemeinderat die Publikation «Niklaus Manuel Deutsch» geschenkt

### Summary

Nachdem die Kantonsregierung den Gemeinderat von Bern dazu aufgefordert hat, die Fusion mit Bümpliz zu vollziehen, stellt sich dieser mit Unterstützung des Stadtrats 1915 auf den Standpunkt, dass neben der Eingemeindung von Bümpliz auch jene von Bremgarten, Bolligen (Viertelsgemeinde Ostermundigen), Muri und Köniz zu einem «Gross Bern» zu prüfen sei.

Schnell wird jedoch klar, dass weder Muri noch Köniz gewillt ist, sich überhaupt auf Verhandlungen mit dem Kanton oder der Stadt Bern einzulassen. Trotzdem fordert der Kanton den Berner Gemeinderat 1919 erneut dazu auf, die Eingemeindung von Ostermundigen rasch durchzuführen. In gleicher Weise äussert sich auch der Gemeinderat von Bolligen. Da die Eingemeindung von Bümpliz deutlich höhere Kosten verursacht hat als geplant, weigert sich Bern, einer «einseitigen» Fusion mit Ostermundigen und Bremgarten zuzustimmen, ohne dass sich auch wohlhabende Gemeinden wie Muri oder Köniz daran beteiligen. Zwischen 1922 und 1924 kommt es deshalb zum Streit mit dem Regierungsrat, der den Gemeinderat zur Leistung einer finanziellen Entschädigung an Bremgarten auffordert, falls sich dieser der Eingemeindung weiterhin widersetzen sollte.

Zu einer Entspannung der Situation kommt es erst mit der Schaffung einer ausserparlamentarischen Kommission im Jahr 1925. Diese hat neben der Frage der Eingemeindung auch alternative Vorschläge wie die Konstituierung von Gemeindeverbänden zu prüfen. Mit Hilfe eines Fragebogens – der mit Ausnahme von Köniz alle Nachbargemeinden ausfüllen – wird abgeklärt, in welchen Bereichen (Verkehr, Schulen, Wasserversorgung etc.) eine engere Zusammenarbeit als sinnvoll erachtet wird. Nachdem der Kanton den Gemeinderat 1939 noch einmal dazu aufgefordert hat, die Eingemeindung von Bremgarten endlich umzusetzen, kommt es im Stadtrat wie im Grossen Rat zu einem allmählichen Gesinnungswandel: Nicht mehr die Vereinigung der Nachbargemeinden zu einem Gross Bern, sondern der Zusammenschluss in Zweckverbänden und Regionalplanungsgruppen soll die gewünschte Verbesserung in der Zusammenarbeit der Stadt Bern mit den angrenzenden Vorortsgemeinden bewirken. 1950 sistiert der Grosse Rat schliesslich das Eingemeindungsverfahren mit Bremgarten und 1951 informiert der Berner Gemeinderat die Eingemeindungskommission von Ostermundigen, dass «keine weiteren Vororte Berns mit der Stadt verschmolzen werden». Stattdessen wird der Ausbau der Busverbindung zwischen Bern und Ostermundigen beschlossen. Ein Jahr später sprechen sich die Gemeindeversammlungen von Bremgarten und Bern ausserdem für die Schaffung des Gemeindeverbands Bern-Bremgarten aus.

Roland Gerber  
Stadtarchivar  
Dr. phil.